

Antrag der Fraktion: SPD/Grüne

Antrag/Begründung:

"Pfandringe in Aschersleben - Für ein würdevolles Miteinander"

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in der Kernstadt von Aschersleben mindestens 10 Pfandringe an städtischen Müllbehältern zu befestigen.
2. Ein Jahr nach der Umsetzung, soll der Ordnungsausschuss darüber beraten, ob es notwendig ist weitere Pfandringe anzubringen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt mit der Kulturanstalt Einvernehmen herzustellen, damit auch Pfandringe auf der Herrenbreite sowie im Bestehornpark angebracht werden können.
4. Die anzuschaffenden Pfandringe sind dahingehend auszuwählen, welche sich farblich in das Stadtbild einfügen.

Begründung:

Ein Pfandring ist eine Vorrichtung an einem Mülleimer, um darin Pfandflaschen abzustellen.

Damit lassen sich mehrere Ziele verfolgen:

1. Wir würden Menschen das entwürdigende Gefühl ersparen, aufgrund ihrer sozialen Situation, Mülleimer nach Pfandflaschen durchwühlen zu müssen.
2. Damit wird auch das Verletzungsrisiko gesenkt, sich an Glasscherben zu verletzen.
3. Dadurch wird unsere Stadt ordentlicher, wenn die Bürger ihre Flaschen dort abstellen und nicht in der Umwelt wegwerfen.

4. Mehr Flaschen finden den Weg in den Restmüll und werden somit nicht verbannt. Es ist umweltfreundlicher.

Die Einführung eines Pfandringes ist ein klares Zugeständnis eines sozialen Problems ohne auch nur annähernd das grundlegende Problem der "Pfandsammler" anzugehen.

Als Stadt werden wir die strukturelle Armut nicht beseitigen können, aber es wäre unser Beitrag den Alltag von Menschen ein Stück würdevoller zu gestalten und ein klares Signal zu setzen, dass wir in Aschersleben aneinander sehen und auf uns gegenseitig achtgeben.

Hierbei ist eine Pilotphase von einem Jahr anzuregen. Der Stückpreis liegt bei ca. 75,00€.

Weitere Informationen befinden sich unter:

www.pfandring.de



Deckungsvorschlag:
Federführender Ausschuss:
zu beteiligende Ausschüsse:

In der Stadtratssitzung am 30.11.2016
einstimmig in den Ausschuss Ordnung,
 Recht und Kommunales verwiesen. Der
 Bauwirtschaftshof soll einbezogen werden.
 Im ORK am 07.03.2017 abgestimmt:
 4 Ja, 4 Nein, - Enth.
 Abstimmung in der SRS am 05.04.2017
 abgelehnt: 10 Ja, 13 Nein , 3 Enth.

gez. Fischer

Unterschrift